

RAHMENVERTRAG

zum Vergabeverfahren
„Multifunktionssysteme“

ECA 2026-010

zwischen

Bundesdruckerei GmbH
Kommandantenstraße 18
10969 Berlin

– nachstehend "**Auftraggeber**" genannt –

und

dem im Zuschlagsschreiben namentlich bezeichneten Unternehmen

– nachstehend "**Auftragnehmer**" genannt –

(der Auftraggeber und der Auftragnehmer werden nachfolgend auch als die "**Parteien**"
bezeichnet, einzeln jeweils als "**Partei**")

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Vertragsgrundlagen	3
§ 2	Vertragsgegenstand	4
§ 3	Pflichten des Auftragnehmers	6
§ 4	Lieferung und Bereitstellung	7
§ 5	Konfiguration, Installation und Betriebsbereitschaft	8
§ 6	Lieferzeit, Ausführungsfristen, Verzug	8
§ 7	Nutzungsrechtseinräumung	9
§ 8	Beistellungen / Mitwirkungsobliegenheiten des Auftraggebers	9
§ 9	Aufrechterhaltung der Gebrauchstauglichkeit	9
§ 10	Erteilung von Einzelaufträgen	10
§ 11	Änderung der Leistungen	10
§ 12	Innovationsklausel	11
§ 13	Nachhaltigkeit	11
§ 14	Vergütung	12
§ 15	Fälligkeit der Vergütung	12
§ 16	Versicherungen	13
§ 17	Rechte Dritter und Schutzrechte	14
§ 18	Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz	14
§ 19	Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen	14
§ 20	Compliance	15
§ 21	Unzulässige Handlungen	17
§ 22	Einhaltung des Mindestlohngesetzes	18
§ 23	Exportkontrolle und Zoll	19
§ 24	Haftung	19
§ 25	Freistellung	19
§ 26	Laufzeit und Kündigung	20
§ 27	Rückgabe	21
§ 28	Höhere Gewalt	22
§ 29	Schlussbestimmungen	22

Präambel

Die Bundesdruckerei Gruppe leistet mit ihrer Digital- und Sicherheitskompetenz als Technologieunternehmen des Bundes einen Beitrag für die digitale Souveränität Deutschlands und Europas. Der Auftraggeber ist ein Unternehmen der Bundesdruckerei-Gruppe.

Die Unternehmen der Bundesdruckerei Gruppe setzen Multifunktionssysteme (Drucken, Scannen, Kopieren) in ihren Standorten ein. Die Geräte werden über die Druckermanagement-Software „SafeQ“ gesteuert. Die Bundesdruckerei wird von dem Auftragnehmer Multifunktionssysteme mieten und weitere Serviceangebote nutzen (insbesondere Lieferung von Tonern und Tintenpatronen, Wartung, Support).

Der Auftragnehmer ist ein auf die Vermietung, Wartung und Pflege von Multifunktionssystemen spezialisiertes Unternehmen.

Die Bundesdruckerei legt bei der Beschaffung besonderen Wert auf Umweltschutz- und Energieeffizienzaspekte.

Die Parteien schließen mit Zuschlag den nachfolgenden Rahmenvertrag über die Miete von Multifunktionssystemen zur Erledigung von Druck-, Scan- oder Kopierarbeiten, inklusive der Lieferung, Installation, Wartung, Pflege und Support, Lieferung von Verbrauchsmaterialien (insbesondere Toner / Tintenpatronen) sowie die Erbringung der weiteren vereinbarten Leistungen.

§ 1 Vertragsgrundlagen

1.1 Dieser Vertrag besteht aus dem vorliegenden Hauptteil (Vertragstext) und den nachfolgend benannten weiteren Unterlagen:

1.1.1 die weiteren Vergabeunterlagen in der letzten bekanntgemachten Version, insbesondere die folgenden Anlagen:

- Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zu diesem Vertrag),
- Kriterienkatalog (**Anlage 2** zu diesem Vertrag),
- Verhaltenskodex (**Anlage 3** zu diesem Vertrag),
- Exportkontrolle und Zoll (**Anlage 4** zu diesem Vertrag),
- Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 5** zu diesem Vertrag),
- Logistikvereinbarung (**Anlage 6** zu diesem Vertrag),
- Sicherheits- und Umweltschutzregelung für externe Dienstleister (**Anlage 7** zu diesem Vertrag),
- Sicherheitsvereinbarung (**Anlage 8** zu diesem Vertrag),
- Verbundene Unternehmen des Auftraggebers (**Anlage 9** zu diesem Vertrag),
- Fragebogen für Zulieferer (**Anlage 10** zu diesem Vertrag),

1.1.2 die Angebotsunterlagen des Auftragnehmers, insbesondere die folgenden Anlagen:

- Angebotsschreiben (**Anlage 11** zu diesem Vertrag),
 - Preisblatt (**Anlage 12** zu diesem Vertrag),
- und

1.1.3 sofern einschlägig, die Antworten des Auftraggebers auf die während des Vergabeverfahrens gestellten Bieterfragen/"**Bieterinformation**" (**Anlage 13**), und

1.1.4 die allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)

(zusammen der "**Vertrag**").

- 1.2 Im Falle von Widersprüchen geht der Hauptteil und die **Anlage 4** den vorstehend genannten weiteren Unterlagen vor. Die weiteren Unterlagen gelten ansonsten in der vorstehend genannten Reihenfolge. Allerdings gehen die Antworten des Auftraggebers auf die Bieterfragen den Vergabeunterlagen vor, soweit in den Antworten explizit von konkret benannten Vorgaben der Vergabeunterlagen abgewichen wird.
- 1.3 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers finden keine Anwendung, auch wenn der Auftraggeber deren Geltung nicht ausdrücklich widersprochen hat. Dies gilt auch, wenn auf Korrespondenz Bezug genommen wird, die Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers enthält oder auf solche verweist.

§ 2 Vertragsgegenstand

- 2.1 Der Auftragnehmer vermietet im Rahmen dieses Vertrages dem Auftraggeber die in den **Anlagen 1** (Leistungsbeschreibung) und **2** (Kriterienkatalog) beschriebenen Multifunktionssysteme (im Folgenden: Multifunktionssysteme) nach näherer Maßgabe dieses Vertrages.
- 2.2 Der Auftragnehmer stattet jedes der vermieteten Multifunktionssysteme während der Laufzeit des Vertrages mit den benötigten Verbrauchsmaterialien aus, die von dem Auftraggeber jederzeit abgerufen werden können. Weitere Einzelheiten sind in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) geregelt.
- 2.3 Der Auftraggeber verpflichtet sich, die in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) aufgeführten Mengen initial zu beauftragen. Über die initial beauftragten Mengen hinaus steht dem Auftragnehmer kein Anspruch auf einen weiteren Einzelauftrag seitens des Auftraggebers zu.
- 2.4 Der Auftragnehmer garantiert, dass alle von dem Auftraggeber initial abgerufenen Neugeräte inklusive Transport, Installation und Ersteinrichtung spätestens zum 15.02.2027 in die bestehende Infrastruktur des Auftraggebers implementiert werden und dort voll funktionsfähig betrieben werden können.
- 2.5 Der Auftragnehmer hat im Rahmen der Aufrechterhaltung der Gebrauchstauglichkeit der Multifunktionssysteme, ohne zusätzliche Mehrkosten für den Auftraggeber, die folgenden Serviceleistungen gemäß den Spezifikationen der **Anlage 1** (Leistungsbeschreibung) zu erbringen:
 - Telefonischer Support
 - E-Mail-Support,
 - Online-Problem-Management,
 - Vor-Ort-Service.
- 2.6 Außerdem ist der Auftragnehmer verpflichtet, die in § 27 des Vertrages i.V.m. der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) aufgeführten Leistungen zum Vertragsende zu erbringen.
- 2.7 Die Multifunktionssysteme und sämtliche dazugehörigen Leistungen des Auftragnehmers haben den Anforderungen der Leistungsbeschreibung gemäß **Anlage 1** und des Kriterienkatalogs (**Anlage 2**) und den sonstigen Anforderungen dieses Vertrages jederzeit voll zu entsprechen.
- 2.8 Sofern dieser Vertrag keine konkreten Anforderungen festschreibt, haben die Multifunktionssysteme und sonstigen Leistungen dem Stand von Wissenschaft und Technik, den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen und den Vorschriften und Richtlinien von Behörden, Berufsgenossenschaften und

Fachverbänden zu entsprechen. Sind im Einzelfall aus Sicht des Auftragnehmers Abweichungen von diesen ergänzenden Anforderungen und Vorschriften notwendig, so muss der Auftragnehmer die Zustimmung des Auftraggebers in Textform hierzu einholen.

- 2.9 Die Beauftragung zur Lieferung der unter diesem Vertrag zu erbringenden Leistungen kann neben dem Auftraggeber auch durch sekundäre Auftraggeber erfolgen. Diese umfassen sämtliche mit der Bundesdruckerei Gruppe GmbH beziehungsweise deren Tochterunternehmen gemäß §§ 15 ff. AktG verbundene Unternehmen gemäß **Anlage 9** zu diesem Vertrag („**sekundäre Auftraggeber**“) und solche Unternehmen, die aus diesen Unternehmen hervorgehen.

Unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Auftragnehmer können als sekundäre Auftraggeber auch sämtliche, zu einem späteren Zeitpunkt hinzutretende nach § 15 ff. AktG verbundene Unternehmen gelten.

Aus dem Kreis der sekundären Auftraggeber ausscheidende Unternehmen sind ab dem Zeitpunkt des Ausscheidens nicht mehr bezugsberechtigt.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die vertragsgemäßen Leistungen bei Beauftragungen durch sekundäre Auftraggeber auch diesen gegenüber zu den Bedingungen dieses Vertrages zu erfüllen. Im Falle des Abrufes von Leistungen durch sekundäre Auftraggeber kommt das Vertragsverhältnis ausschließlich mit diesen zustande. Der Auftraggeber steht nicht für die Vertragserfüllung seitens der sekundären Auftraggeber ein.

Eine Gesamtschuld hinsichtlich der Vergütung und eine gesamtschuldnerische Haftung des Auftraggebers und der sekundären Auftraggeber ist ausgeschlossen. Es haftet nur der den Einzelauftrag beauftragende Auftraggeber.

Die sekundären Auftraggeber sind lediglich berechtigt, Erklärungen im Zusammenhang mit dem jeweiligen Einzelauftrag abzugeben. Erklärungen, die den vorliegenden Rahmenvertrag als solchen betreffen, darf einzig der Auftraggeber abgeben.

- 2.10 Während der Vertragslaufzeit erfolgt der Abruf der Leistungen mittels Einzelauftrag durch Abruf gem. § 10 des Vertrages.
- 2.11 Die Bedingungen dieses Vertrages gelten für alle Einzelaufträge über Multifunktionssysteme und sonstigen dazugehörigen Leistungen des Auftraggebers und der sekundären Auftraggeber (zusammen: die „**Abrufberechtigten**“). Dies gilt auch dann, wenn im Einzelfall in einem Einzelauftrag nicht eigens auf diesen Vertrag Bezug genommen wird.
- 2.12 Die Höchstmenge beträgt: 160 Multifunktionssysteme bezogen auf maximal 4 (vier) Jahre.
- 2.13 Die Übertragung von Leistungen, auch Teilleistungen, an Dritte ("Unterauftragnehmer") ist nur mit vorheriger Zustimmung in Textform des Auftraggebers zulässig. Voraussetzung ist in jedem Fall, dass auch solche Dritte sämtliche für den Auftragnehmer geltenden Voraussetzungen erfüllen, insbesondere fachlich, personell, technisch und wirtschaftlich leistungsfähig sowie zuverlässig sind und die seine Leistungen ordnungsgemäß, vollständig und fristgerecht erbringen können. Für die im Vergabeverfahren bereits benannten Unterauftragnehmer gilt die Zustimmung als erteilt. Die Haftung des Auftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber bleibt durch den Einsatz von Unterauftragnehmern unberührt (§ 36 Abs. 2 VgV).

- 2.14 Der Auftragnehmer hat die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Unterauftragnehmers vor dessen Einsatz eigenverantwortlich zu prüfen und dem Auftraggeber auf Verlangen geeignete Nachweise vorzulegen.

Die Zustimmung zum Einsatz einzelner Unterauftragnehmer kann vom Auftraggeber jederzeit aus wichtigem Grund widerrufen werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn nachträglich Umstände bekannt werden oder eintreten, aufgrund derer nicht mehr gewährleistet ist, dass der betreffende Unterauftragnehmer die für den Auftragnehmer geltenden vertraglichen, fachlichen, sicherheitsrelevanten oder gesetzlichen Anforderungen erfüllt, oder wenn konkrete Anhaltspunkte dafür bestehen, dass der Unterauftragnehmer nicht leistungsfähig ist oder die geschuldeten Leistungen nicht ordnungsgemäß, nicht vollständig oder nicht fristgerecht erbringt oder erbringen wird.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Unterauftragnehmer vertraglich zu verpflichten, keine weiteren Unterauftragnehmer ohne vorherige Zustimmung des Auftraggebers einzusetzen. Diese Verpflichtungen sind den Unterauftragnehmern in gleicher Weise aufzuerlegen.

- 2.15 Eine Überlassung oder ein etwaiger Übergang von Mitarbeitenden des Auftragnehmers oder eines von dem Auftragnehmer eingesetzten Mitarbeitenden eines Dritten auf Grundlage der Anwendung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes („AÜG“) ist im Zusammenhang mit dem Abschluss und Durchführung dieses Vertrages grundsätzlich nicht vorgesehen und nach Überzeugung der Parteien werden die Voraussetzungen zur Anwendung des AÜG, insbesondere von § 10 AÜG i.V.m. § 9 AÜG, nicht vorliegen. Die Parteien werden innerhalb ihres jeweiligen Verantwortungsbereiches alle zumutbaren Maßnahmen ergreifen, um eine Arbeitnehmerüberlassung gemäß AÜG sowie einen Übergang nach § 10 AÜG zu vermeiden. Sollte es dennoch zu einem gegenüber dem Auftraggeber rechtskräftig festgestellten Übergang eines Miteinarbeitenden nach den Regeln des AÜG, insbesondere nach §§ 9, 10 AÜG, eines von dem Auftragnehmer eingesetzten Mitarbeitenden kommen, wird der bisher arbeitgebende bzw. den Mitarbeitenden einsetzende Auftragnehmer den Auftraggeber von hierdurch entstehenden Kosten und Schäden freistellen. Dies umfasst den Ersatz der aufgrund des Übergangs anfallenden Lohn- und Sozialversicherungskosten bis zum jeweils frühestmöglichen ordentlichen Kündigungstermin, inklusive ggf. einer Abfindungszahlung, die auf Grundlage von § 1a II KSchG bestimmt werden soll.

§ 3 Pflichten des Auftragnehmers

- 3.1 Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass die Multifunktionssysteme bei Übergabe/Übernahme in einem gebrauchsfähigen Zustand sind.
- 3.2 Der Auftragnehmer hat innerhalb von 5 (fünf) Werktagen nach Vertragsschluss ein Multifunktionssystem an die Adresse des Auftraggebers zu liefern. Weitere Vorgaben dazu sind in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) geregelt.
- 3.3 Der Auftragnehmer hat bei Zutritt zu den Räumlichkeiten die Vorgaben des Auftraggebers (z.B. **Anlage 7**) sowie etwaige diesbezügliche Weisungen im Einzelfall zu befolgen.
- 3.4 Der Auftragnehmer hat seine Mitarbeitenden und Erfüllungsgehilfen unter anderem auf die Geheimhaltung von Informationen über die Räumlichkeiten, Lage, Aufstellorte und Arbeitsplätze zu verpflichten und auf Anforderung die entsprechenden Geheimhaltungsvereinbarungen nachzuweisen.
- 3.5 Ferner ist der Auftragnehmer verpflichtet, Treiber-Updates als regelmäßige Serviceleistungen zu erbringen.

- 3.6 Der Auftragnehmer sichert zu, im Falle des Auftretens einer Schwachstelle in einem gelieferten Produkt diese unverzüglich, d. h. ohne schuldhafte Verzögerung zu beseitigen. Näheres regelt die Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).
- 3.7 Bei Bedarf der Bundesdruckerei hat der Auftragnehmer für bestimmte Leistungen sicherheitsüberprüftes Wartungspersonal nach SÜ2 (SÜG) einzusetzen.
- 3.8 Der Auftragnehmer verfügt über die in der **Anlage 1** (Leistungsbeschreibung) und dem Kriterienkatalog (**Anlage 2**) bezeichneten Qualifizierungen/Zertifizierungen. Er wird diese für die gesamte Vertragslaufzeit beibehalten und alle diesbezüglichen Anforderungen und Pflichten erfüllen.
- 3.9 Der Auftragnehmer trägt das Beschaffungsrisiko für die Multifunktionssysteme.
- 3.10 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass der Auftraggeber jährlich (ohne weitere Aufforderung) Informationen über die Inanspruchnahme der Leistungen aus diesem Vertrag erhält. Dem Auftraggeber sind zu diesem Zweck ohne besondere Aufforderung innerhalb von 15 Kalendertagen nach Ablauf des jeweiligen Vertragsjahres für das vorherige Vertragsjahr nachfolgende Informationen auf elektronischem Wege mitzuteilen:
- Volumen der Einzelaufträge jeweils mit folgenden weiteren Angaben: Lieferbezeichnung mit der Angabe von Anzahl, Einheit, Auftragsnummer, Auftragsdatum, Angabe des Rechnungsempfängers;
 - kumuliertes Liefervolumen (Netto- und Bruttopreisangabe) bezogen auf alle Abrufberechtigten und die gesamte (bisherige) Vertragslaufzeit;
 - sofern im jeweiligen Vertragsjahr kein Abruf erfolgt, meldet der Auftragnehmer "kein Abruf".

Der Auftragnehmer informiert den Auftraggeber zusätzlich innerhalb von vierzehn (14) Tagen unaufgefordert, wenn 60 %, 80 % und 100 % der Höchstmenge erreicht ist.

§ 4 Lieferung und Bereitstellung

- 4.1 Die Lieferung der Multifunktionssysteme erfolgt auf Gefahr und Kosten des Auftragnehmers an den jeweiligen Aufstellort innerhalb des jeweiligen Betriebsgeländes des Auftraggebers. Die jeweiligen Aufstellorte teilt der Auftraggeber dem Auftragnehmer jeweils vor der Lieferung mit.
- 4.2 Der Auftragnehmer stellt die Multifunktionssysteme vorinstalliert mit der Betriebssystemsoftware und betriebsbereit an den Aufstellorten bereit.
- 4.3 Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der vereinbarten Lieferzeit gem. Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) verpflichtet.
- 4.4 Sämtliche Lieferungen erfolgen nach näherer Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) sowie der Logistikvereinbarung als **Anlage 6**. Dies gilt auch für die Kennzeichnung und Verpackung der Lieferwaren.
- 4.5 Lieferungen von Waren aus einem Land außerhalb der EU sind mit der Rechnung, die den Anforderungen des § 15 dieses Vertrages genügen muss, sowie den Frachtunterlagen spätestens im Zeitpunkt der Versendung der Waren per E-Mail an customs@bdr.de zu avisieren. Zutreffendenfalls muss die warenbegleitende Rechnung außerdem den entsprechend aufgeteilten Wert der von dem Auftraggeber unentgeltlich oder zu ermäßigtem Preis beigestellten in den Lieferwaren enthaltenen

Materialien bzw. den Wert der unentgeltlich oder zu einem ermäßigten Preis zur Herstellung der Lieferwaren beigestellten Werkzeuge aufführen.

- 4.6 Soweit der Auftraggeber dem Auftragnehmer bei Anlieferung den Erhalt der Lieferwaren bestätigt, wird damit – soweit in der Bestätigung nichts anderes bestimmt ist – nur die Anzahl der Packstücke bestätigt. Anzahl oder Fehlerfreiheit der Lieferwaren werden damit nicht bestätigt.
- 4.7 Der Auftragnehmer kennzeichnet die Multifunktionssysteme durch zumutbare Etikettierung als sein Eigentum. Weder diese Kennzeichnung noch Herstellerhinweise, Seriennummern, Siegel, Software-lizenzhinweise etc. werden von dem Auftraggeber ohne vorherige Zustimmung des Auftragnehmers entfernt oder verändert.

§ 5 Konfiguration, Installation und Betriebsbereitschaft

- 5.1 Der Auftragnehmer stellt die Multifunktionssysteme an den Arbeitsplätzen des Aufstellortes auf und schließt diese an das Strom- und Datennetz an.
- 5.2 Der Auftragnehmer hat die Multifunktionssysteme zu installieren. Vorgaben dazu sind in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**, Ziffer 4.4.2) geregelt.
- 5.3 Der Auftragnehmer zeigt die Betriebsbereitschaft der einzelnen Multifunktionssysteme am Aufstellort nach dem Zeitplan des Auftraggebers an und übergibt pro Multifunktionssystem eine Konfigurations- und Installationsdokumentation in Textform an den, seitens des Auftraggebers benannten, Ansprechpartner. Der Auftraggeber prüft die generelle Betriebsbereitschaft und Vollständigkeit der Installation und Konfiguration und bestätigt die betriebsbereite Bereitstellung.

§ 6 Lieferzeit, Ausführungsfristen, Verzug

- 6.1 Der Auftragnehmer hat die geschuldeten Leistungen innerhalb der vereinbarten Lieferzeit zu erbringen. Einzelheiten dazu sind in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) geregelt.
- 6.2 Alle vereinbarten Termine, Fristen und Zeiten sind verbindlich. Das bedeutet, dass der Auftragnehmer bei schuldhafter Nichteinhaltung der vereinbarten Termine und Fristen ohne Mahnung in Verzug kommt, § 286 Abs. 2 BGB.
- 6.3 Erkennt der Auftragnehmer, dass ein vereinbarter Termin nicht eingehalten werden kann, so hat er dies dem Auftraggeber unverzüglich unter Angabe der Gründe, die von ihm vorgeschlagenen Gegenmaßnahmen und der voraussichtlichen Dauer der Verzögerung in Textform mitzuteilen. Eine Verschiebung der vereinbarten Termine ist damit nicht verbunden. Teilleistungen werden nur nach ausdrücklicher Vereinbarung akzeptiert.
- 6.4 Gerät der Auftragnehmer mit seinen Leistungspflichten in Verzug, so ist der Auftraggeber berechtigt, ihm eine angemessene Nachfrist zur Erbringung der Leistung zu setzen. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Nachfrist steht dem Auftraggeber das Recht zu, diesen Vertrag aus wichtigem Grund zu kündigen sowie Schadensersatz zu verlangen.
- 6.5 Im Fall der Kündigung ist der Auftraggeber berechtigt, einen Dritten mit der Erbringung der vertraglichen Leistung zu beauftragen und die ihm hierdurch entstehenden Kosten, abzüglich der durch die Kündigung insoweit ersparten Vergütung des Auftragnehmers, ersetzt zu verlangen. Das Recht zur Geltendmachung eines weitergehenden Schadensersatzes bleibt davon unberührt.

§ 7 Nutzungsrechtseinräumung

- 7.1 Der Auftragnehmer sichert zu, hinreichende Nutzungsrechte an der jeweiligen Betriebssystemsoftware sowie an den Standardtreibern und der Anwendungssoftware erworben zu haben, um den Abrufberechtigten einfache, nicht übertragbare, zeitlich und räumlich auf die Dauer des Mietvertrages beschränkte Nutzungsrechte hieran in Verbindung mit dem jeweiligen Multifunktionssystem einzuräumen.
- 7.2 Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber Sicherungskopien der bereitgestellten Software jeweils gesondert und als Image für die vereinbarte Standardkonfiguration einmal anfänglich und bei jeder Konfigurationsänderung zur Verfügung.

§ 8 Beistellungen / Mitwirkungsobliegenheiten des Auftraggebers

- 8.1 Die Beistellungen des Auftraggebers sind abschließend in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) geregelt. Soweit dort keine Beistellungen vorgesehen sind, trifft den Auftraggeber keine darüberhin-
ausgehende Obliegenheit zur Bereitstellung von Leistungen oder Ressourcen.
- 8.2 Unabhängig davon wird der Auftraggeber den Auftragnehmer im Rahmen des ihm möglichen und zumutbaren bei der Erfüllung der von dem Auftragnehmer geschuldeten Leistungen unterstützen.
- 8.3 Verzögerungen oder Mehraufwände, die auf fehlende, verspätete oder unzureichende Mitwirkung des Auftraggebers zurückzuführen sind, gehen nicht zulasten des Auftragnehmers; vereinbarte Fristen verlängern sich angemessen.
- 8.4 Der Auftraggeber verpflichtet sich, die gemieteten Multifunktionssysteme ihrer Bestimmung gemäß entsprechend in seinem laufenden Geschäftsbetrieb einzusetzen und pfleglich zu behandeln.

§ 9 Aufrechterhaltung der Gebrauchstauglichkeit

- 9.1 Der Auftragnehmer hat die Multifunktionssysteme über die gesamte Dauer der Mietzeit in dem zum vertraglich vereinbarten Gebrauch geeigneten Zustand zu erhalten. Er hat zu diesem Zweck die erforderlichen Instandhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen selbst durchzuführen. Der Auftragnehmer teilt dem Auftraggeber die zeitlichen Intervalle für routinemäßige Durchsichten der Multifunktionssysteme mit und kündigt diese jeweils rechtzeitig gesondert an. Der Auftragnehmer hat auf die Belange des Auftraggebers im Hinblick auf einen möglichst ungestörten Betriebsablauf Rücksicht zu nehmen.
- 9.2 Der Auftragnehmer hält entweder ein elektronisches Ticket-System bereit oder betreibt eine Servicehotline, über welches der Auftraggeber Störungen oder Beeinträchtigungen der Gebrauchstauglichkeit („Mängel“) der Multifunktionssysteme melden kann. Der Auftragnehmer wird eingehende Mängelmeldungen jeweils binnen angemessener Frist bearbeiten, es sei denn, die Parteien haben mit gesonderter Wartungsvereinbarung Service Level vereinbart. Verzögerungen, welche sich durch Lücken und Ungenauigkeiten in der Fehlerbeschreibung ergeben, hat der Auftragnehmer nicht zu vertreten.
- 9.3 Die Beseitigung von Mängeln erfolgt regelmäßig durch Nachbesserung, also Unterstützung bei der Mängelumgehung oder Reparatur am Aufstellort. Der Auftragnehmer hat dabei die Wahl, ob er in einem ersten Schritt eine telefonische oder Fehlerbehebung per Fernwartung versucht. In diesem

Kontext ist Fernwartung das fernmündliche Anleiten des Auftraggebers. Ein Remote-Zugriff auf Systeme des Auftraggebers gestattet der Auftraggeber nicht.

- 9.4 Eine notwendige Reparatur oder Instandsetzung kann ausschließlich beim Auftraggeber erfolgen. Eine Verbringung der Multifunktionssysteme an einen anderen Ort außerhalb des Geländes des Auftraggebers ist ausgeschlossen.
- 9.5 Der Auftragnehmer ist jeweils zur Wiederherstellung der vertraglich vereinbarten Gebrauchstauglichkeit binnen angemessener Frist verpflichtet. Schlägt die Reparatur drei Mal fehl, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber ohne Kosten für den Auftraggeber ein neues Multifunktionssystem gleicher Art, Güte, Konfiguration und individueller Einstellung bereitzustellen. Der Auftragnehmer ist in diesem Fall verpflichtet, den Auftraggeber bei der Übernahme der Daten/Konfiguration zu unterstützen. Vor Austausch der Systeme sind die Datenträger auszubauen. Es gelten die Regelungen von Ziffer 8 der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**).
- 9.6 Der Auftragnehmer schreibt die Installations- und Konfigurationsdokumentation zu den Multifunktionssystemen jeweils fort.
- 9.7 Wenn der Auftragnehmer die Einschränkung der Gebrauchstauglichkeit auch nicht auf eine zweite angemessene Fristsetzung hin beseitigt, ist der Auftraggeber nach seiner Wahl zur Beseitigung des Mangels oder zur Kündigung des Mietvertrages in Bezug auf das mangelhafte Multifunktionssystem berechtigt. Zur Kündigung des gesamten Rahmenvertrages ist der Auftraggeber dann berechtigt, wenn eine wesentliche Anzahl der Multifunktionssysteme nicht zum vertraglich vereinbarten Gebrauch bereitsteht.
- 9.8 Dem Auftraggeber stehen die gesetzlichen Ansprüche wegen Mangelhaftigkeit der Multifunktionssysteme mit der Maßgabe der vorstehenden Vereinbarungen zu.

§ 10 Erteilung von Einzelaufträgen

- 10.1 Auf Basis dieses Vertrages vergeben die Abrufberechtigten Einzelaufträge für die Überlassung bestimmter Mengen an Multifunktionssystemen und sonstige Leistungen.
- 10.2 Mit Eingang eines Einzelauftrags (Abruf) beim Auftragnehmer kommt ein Einzelvertrag über die jeweilige Leistung zustande. Voraussetzung ist, dass der Einzelauftrag im Einklang mit den Anforderungen dieses Vertrages erfolgt.
- 10.3 Weitere Einzelheiten zum Ablauf der Erteilung eines Einzelauftrages sind in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) geregelt.
- 10.4 Der Auftraggeber behält sich vor, die Leistungen, die unter diesen Vertrag fallen können, auch außerhalb dieses Vertrages zu vergeben. Für Vergaben außerhalb dieses Vertrages gelten die vergaberechtlichen Vorschriften; die Bestimmungen dieses Vertrages finden keine Anwendung und zwar auch insoweit nicht, als ein Auftragnehmer an einer solchen Vergabe teilnimmt.

§ 11 Änderung der Leistungen

- 11.1 Der Auftraggeber kann im Rahmen der Zumutbarkeit und soweit nach § 132 GWB vergaberechtlich zulässig, Änderungen der Lieferwaren, insbesondere der Leistungsbeschreibung gemäß **Anlage 1**, und sonstiger Regelungen dieses Vertrages, verlangen. Die Parteien vereinbaren für alle Änderungen

die Anwendung des Änderungsverfahrens nach diesem Paragraphen. Auch der Auftragnehmer kann Änderungen durch einen entsprechenden Änderungsantrag vorschlagen.

- 11.2 Der Änderungsantrag muss mindestens in Textform, z.B. per E-Mail, erfolgen und ausreichende Informationen enthalten, um der jeweiligen anderen Partei die Möglichkeit zu geben, den Änderungsantrag zu bewerten.
- 11.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, einen Änderungsantrag des Auftraggebers innerhalb von 10 (zehn) Werktagen zu bearbeiten und eine Antwort/ein Nachtragsangebot zur Umsetzung der Änderung zu unterbreiten. Bei einem umfangreichen Änderungsverlangen kann diese Frist einvernehmlich von den Parteien verlängert werden. Die Ablehnung von Änderungsanträgen des Auftraggebers ist nur aus wichtigem Grund zulässig.
- 11.4 Führt die Umsetzung des Änderungswunsches zu einem nachvollziehbaren Mehraufwand beim Auftragnehmer, ist dieser verpflichtet, die entsprechenden Mehrkosten durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachzuweisen sowie in einem verbindlichen Angebot zur Umsetzung der gewünschten Änderungen darzulegen. In Betracht kommen nur Mehrkosten, die zur Herstellung der Lieferwaren und Erbringung der weiteren Leistungen des Auftragnehmers erforderlich sind. Einigen sich die Parteien über eine Anpassung der Vergütung bzw. Umlage der Mehrkosten nicht, so gelten die bisher vereinbarten Preise fort.
- 11.5 Jede Änderung bedarf der Zustimmung der Parteien in Textform. Können sich die Parteien nicht über den Änderungsantrag einigen, gilt der Vertrag unverändert fort. Für die Durchführung des Änderungsverfahrens wird kein Entgelt erhoben.

§ 12 Innovationsklausel

Während der Laufzeit des Rahmenvertrages ist eine technologische Weiterentwicklung der Multifunktionssysteme zu erwarten. Diese führt im Regelfall zu einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Systeme. Eine uneingeschränkte Kompatibilität zu den ursprünglich angebotenen Multifunktionssystemen, die Einhaltung der in **Anlage 1** (Leistungsbeschreibung) sowie **Anlage 2** (Kriterienkatalog) geforderten Mindestanforderungen und Einhaltung der gem. Kriterienkatalog (**Anlage 2**) zugesagten Kann-Kriterien und eine Funktionsgleichheit sind vom Auftragnehmer nachzuweisen. Der Auftraggeber hat in allen Fällen das alleinige Bestimmungsrecht festzulegen, welche der angebotenen Multifunktionssysteme geliefert werden.

§ 13 Nachhaltigkeit

- 13.1 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf dessen Anforderung unverzüglich seine Nachhaltigkeitsaktivitäten im Format eines Nachhaltigkeitsberichts oder ähnliches in einem gängigen Nachhaltigkeitsberichtsstandard (wie GRI, ESRS, oder ähnliches) nachzuweisen.
- 13.2 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf dessen Anforderung unverzüglich seine CO₂-Bilanz für Scope 1 und 2 und nach Möglichkeit auch Scope 3 nach anerkannten Standards (z.B. ISO 14067, GHG Protocol) offenzulegen.
 - Scope 1 bedeutet: direkte Emissionen aus eigenen oder kontrollierten Quellen (z.B. Firmenfahrzeuge, Heizungsanlagen im eigenen Gebäude)

- Scope 2 bedeutet: indirekte Emissionen aus dem Verbrauch zugekaufter Energie (z.B. Strom, Fernwärme)
- Scope 3 bedeutet: alle übrigen indirekten Emissionen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, die weder Scope 1 noch Scope 2 sind (z.B. Geschäftsreisen, eingekaufte Waren, Nutzung verkaufter Produkte).

13.3 Der Auftragnehmer hat ein etabliertes Umweltmanagementsystem nach ISO 14001 oder vergleichbar.

13.4 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber auf dessen Anforderung unverzüglich einen Product Carbon Footprint (PCF) mittels Environmental Product Declaration (EPD) für die bereitgestellten Multifunktionssysteme nach anerkannten Standards (z.B. DIN EN 15804) zur Verfügung zu stellen.

Alternativ kann der PCF nach anerkannten Standards wie ISO 14067, GHG Protocol Product Standard zur Verfügung gestellt werden.

§ 14 Vergütung

14.1 Der Auftragnehmer hat Anspruch auf Zahlung der im Preisblatt (**Anlage 12**) vereinbarten Druckkosten je gedruckter Seite. Außerdem erhält der Auftragnehmer eine Miete pro Multifunktionssystem und Monat gem. **Anlage 12** (Preisblatt). Die Gesamtvergütung (Miete und Druckkosten) umfasst die Überlassung der Mietsachen für die Mietzeit sowie deren Instandsetzung, Instandhaltung, Verbrauchsmaterialien sowie alle weiteren nach dem Vertrag zu erbringenden Leistungen.

14.2 Die Verpflichtung zur Zahlung der Miete beginnt im Monat nach Abschluss der betriebsbereiten Bereitstellung der jeweiligen Mietsache.

14.3 Zu den Preisen nach Absatz 1 tritt die ggf. anfallende Umsatzsteuer in der gesetzlichen Höhe hinzu.

14.4 Sofern eine Steuerabzugspflicht nach § 50a Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 49 EstG besteht und keine Freistellungsbescheinigung vorliegt, behält der Auftraggeber die Quellensteuern auf die Gebühren für Nutzungsrechte ein und führt sie an das Bundeszentralamt für Steuern ab.

14.5 Mit Zahlung der Vergütung nach diesem Paragraphen sind alle vertraglich vereinbarten Leistungen nach diesem Vertrag einschließlich etwaiger Nebenleistungen sowie sonstige Nebenkosten und Reisekosten abgegolten.

§ 15 Fälligkeit der Vergütung

15.1 Voraussetzung für die Fälligkeit von Zahlungen ist die ordnungsgemäße Rechnungslegung. Sämtliche Rechnungen müssen den gesetzlichen Anforderungen, insbesondere denen des UStG und der E-RechV genügen. Die Rechnungsstellung erfolgt unter Bezugnahme auf die mitgeteilte Bestellnummer des Auftraggebers und muss alles Erforderliche für eine Rechnungsprüfung enthalten.

15.2 Die Miete und Druckkosten sind quartalsweise in Rechnung zu stellen. Die Abrechnung der Druckkosten erfolgt quartalsweise auf Basis der Anzahl der gedruckten Seiten, basierend auf den vom Auftraggeber per E-Mail zur Verfügung gestellten SafeQ Reports (Export Funktion). Ein direkter Zugriff von außerhalb ist technisch nicht möglich.

15.3 Rechnungen sind binnen 30 (dreißig) Kalendertagen nach Eingang bei dem Auftraggeber zur Zahlung fällig.

15.4 Rechnungen sind zu stellen an:

Bundesdruckerei GmbH
Kommandantenstr. 18
10969 Berlin
HRB Nr.70764, Ort: Berlin Charlottenburg
Ust.-IDNr.: DE 812746617

Für die Übermittlung der Rechnungen an die sekundären Auftraggeber, die den Auftragnehmer selbstständig beauftragen, gilt das Vorbezeichnete entsprechend. Der beauftragende sekundäre Auftraggeber wird dem Auftragnehmer mit der Beauftragung die vorbezeichneten Informationen für die Rechnungsstellung zur Verfügung stellen.

Die Abrufberechtigten sind seit dem 27. November 2020 gesetzlich verpflichtet, elektronische Rechnungen (xRechnungen) über digitale Kanäle zu empfangen. Für die Übermittlung einer xRechnung ist die OZG-konforme-Rechnungseingangsplattform (OZG-RE) unter <https://xrechnung-bdr.de> zu nutzen mit der Leitweg-ID: 992-80152-82. Rückfragen können per E-Mail (Sendersupport-xrechnung@bdr.de) oder telefonisch (+ 49 (0)30 25 98-4436) gestellt werden.

15.5 Soweit der Auftragnehmer nicht zur Einreichung von elektronischen Rechnungen gemäß E-Rechnungs-Verordnung verpflichtet ist, hat dieser Rechnungen ausschließlich als PDF-Dokument an folgende E-Mail-Adresse zu senden: eingangsrechnung@bdr.de

15.6 Alle Zahlungen erfolgen auf das in der jeweiligen Rechnung benannte Konto des Auftragnehmers.

§ 16 Versicherungen

16.1 Der Auftragnehmer wird während der Laufzeit dieses Vertrages und bis zum Ablauf von 2 (zwei) Jahren nach Ende des Vertrages durchgehend einen ausreichenden Versicherungsschutz für die mit der Leistungserbringung verbundenen Risiken, der auch die Haftung des Auftragnehmers für reine Vermögensschäden, abdeckt, mit folgenden Mindest-Deckungssummen je Schadensfall unterhalten:

- a) für Sach- und Personenschäden 10 (zehn) Millionen EUR
- b) für Vermögensschäden 2,5 (zwei, fünf) Millionen EUR

jeweils zweifach maximiert im Versicherungsjahr.

16.2 Erbringt der Auftragnehmer den Nachweis eines ausreichenden Versicherungsschutzes auf Anfrage des Auftraggebers nicht oder erfüllt der jeweilige Versicherungsvertrag nicht die Anforderungen an den Versicherungsschutz gemäß vorstehendem Absatz 1, ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages berechtigt; § 26 (Laufzeit und Kündigung) dieses Vertrages gilt entsprechend.

§ 17 Rechte Dritter und Schutzrechte

- 17.1 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass die Systeme (einschließlich gelieferter Dokumente und Informationen und integrierter oder mitgelieferter Software) frei von Rechten Dritter sind, insbesondere auch frei von Ansprüchen Dritter in Bezug auf einzelne in den Mietsachen enthaltenen Komponenten, in den Mietsachen verwendete Materialien oder angewandte Verfahren, auf Grund von Eigentumsrechten oder Patenten, Gebrauchsmustern, Geschmacksmustern, Urheberrechten, Markenrechten oder ähnlichen Rechten.
- 17.2 Unbeschadet von § 25 dieses Vertrages ist der Auftragnehmer verschuldensunabhängig verpflichtet, den Auftraggeber von Ansprüchen Dritter aufgrund von Schutzrechtsverletzungen auf erstes Anfordern freizustellen.
- 17.3 Unbeschadet von § 25 dieses Vertrages und sonstiger Ansprüche des Auftraggebers wird der Auftragnehmer im Falle bestehender Drittansprüche auf eigene Kosten für den Auftraggeber ein Nutzungsrecht von dem berechtigten Dritten erwirken. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben von diesem Paragraphen unberührt.

§ 18 Vertraulichkeitspflichten und Datenschutz

- 18.1 Die Parteien verpflichten sich im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages zur Einhaltung der Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage 5**).
- 18.2 Die Parteien verpflichten sich, die anwendbaren Vorschriften zum Datenschutz einzuhalten, insbesondere die Datenschutzgrundverordnung ("**DSGVO**") und das Bundesdatenschutzgesetz.
- 18.3 Der Auftragnehmer hat die bei der Durchführung von Datenverarbeitungen nach der Leistungsbeschreibung und nach diesem Vertrag beschäftigten Mitarbeiter vor Aufnahme der Tätigkeit mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut gemacht und für die Zeit ihrer Tätigkeit wie auch nach der Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses in geeigneter Weise zur Verschwiegenheit verpflichtet (Art. 28 Abs. 3 Satz 2 lit. b und Art. 29 DSGVO). Der Auftragnehmer überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften in seinem Verantwortungsbereich.
- 18.4 Für den Fall, dass der Auftragnehmer im Rahmen dieses Vertrages personenbezogene Daten verarbeitet, werden die Parteien eine gesonderte Datenverarbeitungsvereinbarung (AVV) gemäß Abschnitt 28 der DSGVO abschließen, die wesentlicher Bestandteil dieses Vertrages sein wird. Etwaige Haftungsbegrenzungen des Auftragnehmers nach diesem Vertrag finden auf diese AVV keine Anwendung. Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich - und vor Beginn einer solchen Verarbeitung - über jede notwendige Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen dieser Vereinbarung informieren.

§ 19 Einhaltung von Sicherheitsbestimmungen

- 19.1 Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der in **Anlage 7** näher beschriebenen Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister verpflichtet.
- 19.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der in **Anlage 8** (Sicherheitsvereinbarung) beschriebenen auf den konkreten Leistungsgegenstand anwendbaren Vorgaben zur Sicherheit (inkludiert Informationssicherheit) im Rahmen der Leistungserbringung.

- 19.3 Für die mit Zustimmung des Auftraggebers eingesetzten Unterauftragnehmer und deren Mitarbeitenden stellt der Auftragnehmer die entsprechende Einhaltung dieser Sicherheitsbestimmungen sicher.
- 19.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen dieses Paragraphen. Je Verletzung der Bestimmung dieses Paragraphen ist der Auftragnehmer zur Zahlung einer vom Auftraggeber im Einzelfall nach billigem Ermessen festzusetzenden – jedoch gerichtlich überprüfbaren – Vertragsstrafe verpflichtet. Die Vertragsstrafe kann bis zu 6 Monate nach Ende der Vertragslaufzeit geltend gemacht werden, ohne dass dies eines Vorbehalts gem. § 341 Abs. 3 BGB bedarf. Die Vereinbarung dieser Vertragsstrafe schließt die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und sonstiger Rechte nicht aus. Eine bereits gezahlte Vertragsstrafe wird insofern jedoch angerechnet.
- 19.5 Der Auftraggeber behält sich vor, eigene Audits zur Informationssicherheit durchzuführen. In diesem Zusammenhang soll die Angemessenheit der Maßnahmen zur Informationssicherheit geprüft werden. Der Auftragnehmer und seine Mitarbeitenden haben auf Verlangen des Auftraggebers an den Audits, welche durch den Auftraggeber veranlasst werden, teilzunehmen. Bei Ausübung nimmt der Auftraggeber auf die betrieblichen Belange des Auftragnehmers bzw. der jeweiligen Unterauftragnehmer angemessen Rücksicht.

§ 20 Compliance

- 20.1 Der Auftragnehmer wird den Auftraggeber unverzüglich informieren, sollte er dem Personenkreis unterfallen, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist.
- 20.2 Der Auftragnehmer stellt sicher, während der Vertragslaufzeit keine Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen wurden, und auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, einzusetzen, die einen Bezug zu Russland im Sinne von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 haben. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer hierüber geeigneten Nachweis zu erbringen.
- 20.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Verhaltenskodex für Geschäftspartner gemäß **Anlage 3** zu diesem Vertrag einzuhalten und die darin enthaltenen Grundsätze entlang der Lieferkette gemäß den Vorgaben des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) angemessen zu adressieren.
- 20.4 Bei Anhaltspunkten für einen Verstoß gegen den Verhaltenskodex (**Anlage 3**) durch den Auftragnehmer oder seine mittelbaren bzw. unmittelbaren Vertragspartner bzw. bei einem entsprechenden Verdacht, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich in Textform über Art, Umfang und Zeitraum des Verstoßes gegen den Verhaltenskodex, sowie über Schritte und Zeitraum der Unterbindung des Verstoßes zu informieren, und Auskunft über Schritte zur Sicherstellung der zukünftigen Einhaltung der Verhaltensvorgaben im Rahmen der gegenseitigen Vertragsbeziehungen zu geben.
- 20.5 Wird ein Verstoß gegen den Verhaltenskodex festgestellt oder steht unmittelbar bevor, sind unverzüglich angemessene Abhilfemaßnahmen zu ergreifen, um diesen Verstoß zu verhindern, zu beenden oder das Ausmaß der Verletzung zu minimieren.
- 20.6 Außerdem ist der Auftragnehmer verpflichtet, nachstehende Vorgaben der Electronics Watch Stiftung, deren Mitglied der Auftraggeber ist, zu erfüllen:

- 20.6.1 Der Auftragnehmer kooperiert mit Compliance-Untersuchungen, unabhängig davon, ob sie von dem Auftraggeber, vom Auftraggeber beauftragte Dritte oder unabhängigen Dritten unternommen werden, und nimmt, soweit angemessen, an einer konstruktiven Zusammenarbeit mit Stakeholdern teil.

Der Auftragnehmer verfügt über einen Beschwerdemechanismus, der es Einzelpersonen oder Gruppen ermöglicht, Beschwerden über Auswirkungen der Geschäftstätigkeit entlang der gesamten Lieferkette zu äußern und, soweit für den Auftragnehmer rechtlich möglich und im Einzelfall zumutbar sowie angemessen, Abhilfe zu fordern.

Stakeholder sind relevante Interessengruppen, darunter Rechteinhaber, ihre Vertreter (z. B. Gewerkschaften und andere Arbeitnehmervertretungen) und Organisationen der Zivilgesellschaft.

- 20.6.2 Zur Ermöglichung des Monitorings der Compliance unternimmt der Auftragnehmer angemessene und verhältnismäßige Anstrengungen, um die beiden folgenden Voraussetzungen zu gewährleisten.

- (i) Zur Bewertung der Compliance mit den Vertragsbedingungen werden vom Auftraggeber angeforderte Daten (z.B. Angaben zu den Produktkomponenten) zur Verfügung gestellt, inklusive einer Liste der Produktionsstätten mindestens der Lieferkettenstufen Tier 1 (Endmontage) und Tier 2 (Fertigung wichtiger Komponenten) sowie, sofern dem Auftragnehmer die entsprechenden Informationen vorliegen, auf freiwilliger Basis weiterer Tiers der Multifunktionssysteme, die im Rahmen des Vertrages überlassen werden. Die in der Liste zur Verfügung gestellten Daten werden vertraulich behandelt. Ist der Auftragnehmer nicht in der Lage, diese Pflichten vollständig oder teilweise zu erfüllen, erhält der Auftraggeber eine schriftliche Erklärung, in der die ergriffenen Maßnahmen und Gründe für die Nichteinhaltung der Compliance erläutert werden. Die Liste der Produktionsstätten:
- a. wird in dem vom Auftraggeber geforderten Format zur Verfügung gestellt;
 - b. enthält die offiziellen Firmennamen und die vollständigen Adressen der identifizierten Produktionsstätten; sowie
 - c. das genaue Produktmodell oder die Komponente, das oder die in der jeweiligen Produktionsstätte hergestellt wird.

Produktionsstätte i.S.d. § 20 ist eine Fabrik, ein Bergwerk oder eine andere Stätte, an der die vom Auftragnehmer zur Erfüllung des Vertrages hergestellten Waren oder Dienstleistungen und die Produkte, die mit dieser Herstellung in Zusammenhang stehen, einschließlich ihrer Bestandteile, montiert, hergestellt oder abgebaut werden.

- (ii) Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass Hinweisgeber und Rechteinhaber, die an Audits und Untersuchungen teilnehmen, Arbeitnehmervertreter und Arbeiter, die gegenüber Arbeitgebern, Kollegen, öffentlichen Behörden und/oder anderen Dritten Beschwerden äußern, vor Vergeltungsmaßnahmen, Einschüchterungsversuchen, Drohungen und anderen Repressalien geschützt sind.

Hinweisgeber i.S.d. § 20 ist eine jede Person, die im guten Glauben Informationen über tatsächliche oder vermeintliche illegale oder unethische Aktivitäten einer Einzelperson,

Gruppe oder Organisation meldet. Der Schutz des Hinweisgebers bleibt auch dann bestehen, wenn sich ein in gutem Glauben geäußelter Verdacht nach der Überprüfung nicht bestätigt.

Rechteinhaber sind Individuen und gesellschaftliche Gruppen, die bestimmte Rechte in Hinblick auf bestimmte Verantwortungsträger haben. Die Pflichten der Verantwortungsträger sind in den Menschenrechtsgesetzen definiert, unter anderem in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Im Rahmen eines verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns werden Rechteinhaber wie Arbeiter, vulnerable Gruppen, unter ihnen (z. B. Wanderarbeiter, Zeitarbeiter und Frauen), Gemeinden in der Nähe von Produktionsstandorten und solche, in denen Arbeiter und ihre Familien wohnen, besonders berücksichtigt, da ihre Rechte durch die Geschäftstätigkeit wahrscheinlich beeinflusst werden.

- 20.6.3 Auftragnehmer und Auftraggeber setzen bei den Zulieferern ihre jeweilige Wirkungsmacht ein, inklusive wirtschaftlich durchführbarer Anreize und vertraglicher Rechte, um die Einhaltung der Vertragsbedingungen, insbesondere auch des Verhaltenskodex (**Anlage 3**), einzufordern, und die Kooperation von Zulieferern bei Compliance-Untersuchungen, den konstruktiven Dialog mit Stakeholdern und den Zugang zu Abhilfe zu fördern.

Zulieferer i.S.d. § 20 sind alle Parteien, die im Zusammenhang mit der Bereitstellung der vertragsbezogenen Waren und Dienstleistungen Arbeiten durchführen oder Dienstleistungen erbringen. Zu den Zulieferern zählen Parteien mit einer direkten vertraglichen Beziehung zum Auftragnehmer und solche, die an irgendeiner Stufe des Produktionsprozesses beteiligt sind, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Montage, Fertigung und Abbau.

Konstruktiver Dialog mit Stakeholdern beinhaltet offene, kontinuierliche und interaktive Prozesse mit relevanten Interessengruppen, darunter Rechteinhaber, ihre Vertreter (z. B. Gewerkschaften und andere Arbeitnehmervertretungen) und Organisationen der Zivilgesellschaft, die durch wechselseitigen Informationsfluss und gegenseitiges Wohlwollen gekennzeichnet sind.

§ 21 Unzulässige Handlungen

- 21.1 Der Auftraggeber ist berechtigt, von diesem Vertrag zurückzutreten oder den Vertrag ohne Einhaltung einer Frist zu kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten der Abrufberechtigten mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu den Abrufberechtigten Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind. Dabei ist es gleichgültig, ob die Vorteile den vorgenannten Personen oder in ihrem Interesse einem Dritten angeboten, versprochen oder gewährt werden.
- 21.2 Vor der Entscheidung über die Ausübung eines Rücktritts- bzw. Kündigungsrechts nach diesem Paragraphen wird der Auftraggeber dem Auftragnehmer Gelegenheit geben, unverzüglich zu dem Sachverhalt Stellung zu nehmen.
- 21.3 Tritt der Auftraggeber nach diesem Paragraphen vom Vertrag zurück, kann er die empfangenen Leistungen behalten und hat insoweit das vereinbarte Entgelt zu entrichten. Der Auftraggeber kann daneben vom Auftragnehmer den Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch den Rücktritt vom

Vertrag entsteht. Dagegen stehen dem Auftragnehmer gegen den Auftraggeber aufgrund des Rücktritts keine Ansprüche wegen Nichterfüllung des Vertrages zu. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Vorschriften über den Rücktritt.

21.4 Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Parteien bleiben unberührt.

§ 22 Einhaltung des Mindestlohngesetzes

22.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich gegenüber dem Auftraggeber, seinen Beschäftigten im Sinne von § 22 MiLoG mindestens den gesetzlich zu zahlenden Mindestlohn entsprechend dem Mindestlohngesetz (MiLoG) zu gewähren.

22.2 Der Auftragnehmer wird auch alle Unterauftragnehmer sowie Verleiher in einer diesem Vertrag entsprechenden Weise zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dem MiLoG verpflichten und diese darüber hinaus verpflichten, weitere Unterauftragnehmer oder Verleiher unter denselben oder vergleichbaren Regelungen zur Einhaltung des MiLoG zu verpflichten.

22.3 Auf Verlangen des Auftraggebers wird der Auftragnehmer entsprechende Nachweise über die Einhaltung seiner Verpflichtungen gemäß vorstehenden Absätzen vorlegen. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Nachweise bei Bedarf seinen Auftraggebern zur Verfügung zu stellen.

22.4 Wird der Auftraggeber für Verpflichtungen des Auftragnehmers oder eines von ihm eingesetzten Unterauftragnehmers oder Verleihers zur Zahlung von Mindestlohn oder sonstigen Leistungen nach § 13 MiLoG in Anspruch genommen, hat der Auftraggeber gegenüber fälligen Zahlungen des Auftragnehmers ein Zurückbehaltungsrecht und ist nach Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen auch ausdrücklich zur Aufrechnung mit Forderungen des Auftragnehmers berechtigt.

22.5 Zur Absicherung der vorstehend genannten Ansprüche hat der Auftraggeber jederzeit das Recht zu verlangen, dass der Auftragnehmer zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem MiLoG in angemessener Weise Sicherheit leistet. Die Sicherheit kann im Wege einer Bürgschaft geleistet werden. Sofern dies geschieht, muss eine unbefristete, selbstschuldnerische Bürgschaft eines von dem Auftraggeber im Voraus genehmigten Kreditinstituts vorgelegt werden. Bringt der Auftragnehmer diese Sicherheit nicht binnen zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber bei, ist der Auftraggeber berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten. Die Sicherheit dient ausschließlich der Absicherung der Ansprüche des Auftraggebers zur Einhaltung der Regelungen des MiLoG; eine Zurückbehaltung wegen anderer oder Aufrechnung mit anderen Ansprüchen des Auftraggebers ist unzulässig. Die Sicherheit ist spätestens sechs Monate nach vollständiger Abwicklung des Leistungsvertrages freizugeben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt keine Ansprüche gegenüber dem Auftraggeber im Zusammenhang mit dieser Vereinbarung geltend gemacht worden sind.

Dem Auftraggeber bleibt vorbehalten, die Freigabe der Sicherheit auch über diesen Zeitraum hinaus zu verweigern, wenn spätestens bis zum Ablauf der Freigabefrist konkrete Anhaltspunkte vorliegen, die einen Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns und die Gefahr späterer Inanspruchnahme des Auftraggebers begründen.

22.6 Im Fall eines Verstoßes des Auftragnehmers gegen die Absätze 1 und 2 dieses Paragraphen ist der Auftraggeber berechtigt, die Leistungen aus diesem Vertrag ganz oder teilweise zurückzubehalten. Darüber hinaus kann der Auftraggeber den vorliegenden Vertrag insgesamt außerordentlich mit sofortiger Wirkung kündigen, ohne dass es einer vorherigen Abmahnung bedarf.

- 22.7 Unabhängig von der Geltendmachung der vorstehenden Rechte bleibt die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen unberührt.

§ 23 Exportkontrolle und Zoll

- 23.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Regelungen zur Exportkontrolle und Zoll entsprechend **Anlage 3** (Exportkontrolle und Zoll) sowie zur Einhaltung der Regelungen entsprechend **Anlage 10** (Fragebogen für Zulieferer).
- 23.2 Ein schuldhafter Verstoß des Auftragnehmers gegen die in **Anlage 3** geregelten Versicherungen und Verpflichtungen stellt eine wesentliche Vertragspflichtverletzung dar und berechtigt den Auftraggeber, gegebenenfalls nach vorheriger Abmahnung, sofern der Verstoß dadurch geheilt und beseitigt werden kann, von diesem Vertrag und/oder den betroffenen Einzelverträgen mit sofortiger Wirkung zurückzutreten, ohne dass der Auftragnehmer hieraus Ansprüche geltend machen kann.

§ 24 Haftung

- 24.1 Der Auftragnehmer haftet für sämtliche Schäden, die er im Rahmen der Durchführung dieses Vertrages dem Auftraggeber schuldhaft verursacht nach den gesetzlichen Regelungen.
- 24.2 Der Auftraggeber haftet im Falle von Arglist, Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Schäden, die durch leichte Fahrlässigkeit entstanden sind, werden nur ersetzt, wenn es sich dabei um die Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht (Kardinalpflicht) handelt. Kardinalpflichten sind die wesentlichen Pflichten, die die Grundlage des Vertrages bilden, die entscheidend für den Abschluss des Vertrages waren und auf deren Erfüllung der Auftragnehmer vertrauen musste. In Fällen einer leicht fahrlässigen Verletzung einer wesentlichen Pflicht ist die Haftung der Höhe nach beschränkt auf den jeweiligen Einzelauftragswert. Im Übrigen ist die Haftung für leicht fahrlässig verursachte Schäden des Auftraggebers ausgeschlossen.
- 24.3 Schadensersatzansprüche nach dem Produkthaftungsgesetz und Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers und der Gesundheit bleiben durch die vorstehenden Haftungsbeschränkungen unberührt.
- 24.4 Die Haftung für einen eventuellen Datenverlust oder -beschädigung ist auf den Aufwand beschränkt, der bei ordnungsgemäßer Datensicherung erforderlich gewesen wäre, um die Daten aus dem gesicherten Datenmaterial wiederherzustellen.
- 24.5 Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten auch zu Gunsten von evtl. eingebundenen gesetzlichen Vertretern und Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers.

§ 25 Freistellung

- 25.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen vertraglichen oder gesetzlichen Ansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen, die sich verschuldensunabhängig aus einer nicht vertragsgerechten Überlassung der Mietsachen und sonstige Leistungen oder aus Verstößen gegen etwaig abgegebene Garantien oder aus schuldhaften Vertragsverstößen oder aus unerlaubten Handlungen der Erfüllungs- oder Verrichtungsgehilfen ergeben. Das schließt insbesondere die Kosten und Aufwendungen zur Abwehr solcher Ansprüche sowie etwaige Kosten zur Rechtsverfolgung ein. Etwaige Haftungsobergrenzen aus § 24 dieses Vertrages finden keine Anwendung.

- 25.2 Unbeschadet der Freistellungsverpflichtung wird der Auftragnehmer den Auftraggeber hinsichtlich der Abwehr von etwaigen Ansprüchen Dritter unterstützen und ihm umfassend und rechtzeitig Auskunft erteilen. Dasselbe gilt für den Fall etwaiger ordnungsbehördlicher Verfahren oder Ermittlungen. Etwaige prozessuale Rechte zur Verkündung des Streits bleiben unberührt.

§ 26 Laufzeit und Kündigung

- 26.1 Der Rahmenvertrag beginnt mit Zuschlagserteilung und hat eine Grundlaufzeit von 2 (zwei) Jahren („Grundlaufzeit“). Die Vertragslaufzeit verlängert sich nach der Grundlaufzeit automatisch um 2 (zwei) weitere Jahre, sofern der Auftraggeber der Vertragsverlängerung nicht mit einer Frist von 3 (drei) Monaten zum Ablauf der Grundlaufzeit widerspricht. Eine Verlängerung der Vertragslaufzeit gemäß Satz 2 erfolgt höchstens 1 (ein) Mal, das heißt, eine Vertragsverlängerung über eine Gesamtlaufzeit von 4 (vier) Jahren hinaus erfolgt nicht.
- 26.2 Für die Berechnung der Laufzeit des Einzelvertrags über die initial zu beschaffenden Multifunktionssysteme ist der 01.03.2027 maßgeblich. Die Laufzeit beträgt 48 Monate ab dem 01.03.2027.
- 26.3 Werden nach dem initialen Abruf weitere Multifunktionssysteme auf Grundlage dieses Vertrages gemietet, endet die Laufzeit dieser Einzelmietverträge jeweils zeitgleich mit dem Ablauf des Einzelmietvertrages über die initial abgerufenen Multifunktionssysteme.
- 26.4 Der vorliegende Vertrag endet automatisch bei Erreichen der Höchstmenge gemäß § 2 Abs. 12 dieses Vertrages.
- 26.5 Das Recht, diesen Vertrag ohne Einhaltung einer Frist bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zu kündigen, bleibt unberührt. Ein wichtiger Grund liegt für den Auftraggeber insbesondere vor, wenn
- 26.5.1 der Auftragnehmer den Verhaltenskodex gemäß **Anlage 3** und/oder die Vertraulichkeitsvereinbarung gemäß **Anlage 5** und/oder die Verpflichtungen aus der **Anlage 4** (Export und Zoll), die Pflichten gemäß § 22 (Einhaltung des Mindestlohngesetzes), die Sicherheits- und Umweltschutzregelung für externe Dienstleister gemäß **Anlage 7** und/oder die Sicherheitsvereinbarung gemäß **Anlage 8** verletzt hat und – sofern die Verletzung heilbar ist – die Verletzung nicht innerhalb von 2 (zwei) Wochen nach Zugang einer entsprechenden Rüge des Auftraggebers in Textform geheilt hat;
 - 26.5.2 der Auftragnehmer wesentliche Pflichten unter diesem Vertrag trotz Rüge des Auftraggebers in Textform fortgesetzt oder wiederholt verletzt hat; einer Rüge bedarf es nicht, wenn dem Auftragnehmer die Erfüllung der Pflicht unmöglich ist oder er diese ernsthaft verweigert;
 - 26.5.3 eine wesentliche Verschlechterung der Vermögenslage des Auftragnehmers eintritt oder eintreten droht und dadurch die Erfüllung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Auftraggeber gefährdet ist; in den genannten Fällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend zu informieren;
 - 26.5.4 eine wesentliche Änderung der unmittelbaren oder mittelbaren Kapital- oder Stimmrechtsverhältnisse am Auftragnehmer eintritt oder ein Dritter die unmittelbare oder mittelbare Kapital- oder Stimmrechtsmehrheit am Auftragnehmer oder in sonstiger Weise die unmittelbare oder mittelbare Kontrolle über den Auftragnehmer erwirbt ("**Kontrolländerung**"), es sei denn, es liegen die Voraussetzungen für eine zulässige Vertragsänderung gemäß § 132 Abs. 2 Nr. 4 lit. b) GWB vor. Eine Kontrolländerung liegt insbesondere vor, wenn ein Dritter (jeweils erstmals) direkt oder indirekt mindestens 25 % des

Kapitals oder der Stimmrechte des Auftragnehmers kontrolliert oder in den Organen des Auftragnehmers vertreten ist oder ein Organmitglied kontrolliert oder auf andere Weise wesentlichen Einfluss auf die Geschäftsentscheidungen nehmen kann. In den genannten Fällen hat der Auftragnehmer den Auftraggeber umgehend zu informieren;

- 26.5.5 der Auftragnehmer nicht binnen 1 (eines) Monats ab der Geltendmachung von Verletzungen der Rechte Dritter vertragskonforme, rechtsmangelfreie Lieferwaren liefern kann bzw. die geschuldeten Nutzungsrechte beschaffen kann;
 - 26.5.6 der Auftragnehmer wissentlich falsche Angaben im Rahmen des Vergabeverfahrens gemacht hat;
 - 26.5.7 der Auftraggeber nachträgliche Kenntnis von wettbewerbsbeschränkenden Absprachen des Auftragnehmers im Rahmen des Vergabeverfahrens erhält;
 - 26.5.8 der Auftragnehmer gegen seine Verpflichtungen nach § 20 Abs. 2 verstößt;
 - 26.5.9 der Auftragnehmer dem Personenkreis unterfällt, demgegenüber die Vertragserfüllung nach Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der jeweils geltenden Fassung untersagt ist;
 - 26.5.10 falls der Auftragnehmer nicht Hersteller von Multifunktionssystemen ist: der Auftragnehmer nicht mehr offizieller Servicepartner des Herstellers ist. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich darüber zu informieren.; oder
 - 26.5.11 der Auftragnehmer den Verstoß gegen den Verhaltenskodex durch den Geschäftspartner oder durch seine unmittelbaren oder mittelbaren Lieferanten nicht innerhalb einer angemessenen Frist abgestellt hat oder wenn der Verstoß sehr schwerwiegend ist oder wenn es zu wiederholten schweren Verstößen (insbesondere zur Begehung von Straftaten) kommt und keine mildereren Mittel zum Abstellen des Verstoßes zur Verfügung stehen;
- 26.6 Bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen der vorstehenden Absätze sind die Abrußberechtigten auch zur Kündigung des jeweiligen Einzelauftrages berechtigt.
- 26.7 Die Kündigung dieses Vertrages und der Einzelverträge bedarf der Textform.
- 26.8 Die Beendigung von Einzelverträgen lässt die Wirksamkeit dieses Vertrages unberührt. Die Beendigung dieses Vertrages lässt die Wirksamkeit zum Zeitpunkt der Beendigung bereits geschlossener Einzelverträge unberührt. Wird dieser Vertrag vor Ablauf/Beendigung der Einzelverträge beendet, finden die Bestimmungen dieses Vertrages bis zur Beendigung der Einzelverträge weiterhin Anwendung.
- 26.9 Bei Vertragsbeendigung hat der Auftragnehmer sämtliche Unterlagen, Daten, Datenträger und Informationen, die ihm bei Vertragsbeginn oder während der Vertragslaufzeit überlassen worden oder entstanden sind, oder die sich bei Vertragsbeginn bereits im Besitz des Auftragnehmers befanden, einschließlich der bei Durchführung des Vertrages von Dritten erhaltenen Unterlagen an den Auftraggeber herauszugeben oder auf Verlangen des Auftraggebers zu vernichten.

§ 27 Rückgabe

- 27.1 Nach Ende der Mietzeit hat der Auftraggeber dem Auftragnehmer die jeweilige Mietsache einschließlich Anschlusskabel und sonstigem Zubehör zurückzugeben.

- 27.2 Der Auftraggeber schuldet die Rückgabe am Aufstellort. Der Auftragnehmer hat die Mietsachen jeweils auf seine Kosten und seine Gefahr am Abstellort abzubauen, einzupacken und abzutransportieren. Einzelheiten dazu sind in der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1**) geregelt.
- 27.3 Die Parteien fertigen vor dem Abbau der Mietsachen jeweils eine Zustandsdokumentation, welche etwaige Beschädigungen, übermäßige Abnutzung oder andere Besonderheiten festhält. Die Dokumentation umfasst die Abbildung der Mietsachen.

§ 28 Höhere Gewalt

- 28.1 Als Fälle höherer Gewalt gelten Krieg, innere Unruhen am Produktionsstandort, Streik, schwerwiegende Naturkatastrophen, Epidemien oder andere von außen kommende, nach menschlicher Einsicht und Erfahrung unvorhersehbare, unverschuldete und unabwendbare Ereignisse, die keinen betrieblichen Zusammenhang aufweisen und auch durch äußerste, vernünftigerweise zu erwartende Sorgfalt nicht vermieden werden können. Ereignisse höherer Gewalt und deren voraussichtliche Dauer sind dem Auftraggeber vom Lieferanten unverzüglich mitzuteilen, soweit diese die ordnungsgemäße Erfüllung der Leistungspflichten des Lieferanten betreffen. Der Auftraggeber kann dann bei dauerhaften Leistungshindernissen (wegen des noch nicht erfüllten Teils ganz oder teilweise/hinsichtlich der betroffenen Lieferungen und Leistungen) vom Vertrag zurücktreten. Bei Hindernissen von vorübergehender Art kann der Auftraggeber den Rücktritt nach Ablauf einer Frist von 30 (dreißig) Tagen erklären oder die Lieferung oder Leistung zu einem späteren Zeitpunkt verlangen. Andere Rücktrittsrechte bleiben unberührt. Falls Ereignisse höherer Gewalt bei dem Auftraggeber vorliegen, ist diese für den Zeitraum der Fortdauer der höheren Gewalt insoweit von den Pflichten des Vertrages entbunden, insbesondere gerät der Auftraggeber nicht in Annahmeverzug.
- 28.2 Der Auftragnehmer hat bei der Warenlieferung zu berücksichtigen, dass insbesondere auch bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (z.B. Covid), dem Ukraine-Krieg oder Ereignissen mit vergleichbaren Auswirkungen der Bedarf an den Lieferwaren weiter fortbesteht. Epidemische Lagen von nationaler Tragweite (z.B. Covid), der Ukraine-Krieg oder Ereignisse mit vergleichbaren Auswirkungen stellen somit nur aufgrund besonderer Umstände einen Fall höherer Gewalt im Sinne dieses Vertrages dar.

§ 29 Schlussbestimmungen

- 29.1 Die Benennung des Auftraggebers als Referenzauftraggeber ist nur mit vorheriger Zustimmung in Textform zulässig. Die Entscheidung über die Erteilung einer Zustimmung ist von den Umständen des Einzelfalls abhängig und der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf die Erteilung einer Zustimmung.
- 29.2 Dieser Vertrag enthält alle zwischen den Parteien zum Vertragsgegenstand getroffenen Vereinbarungen. Nebenabreden bestehen zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses nicht.
- 29.3 Ohne Zustimmung des Auftraggebers dürfen Ansprüche aus diesem Vertrag weder ganz noch teilweise an Dritte abgetreten werden. § 354 a Abs. 1 S. 3 HGB bleibt hiervon unberührt.
- 29.4 Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Textform. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Textformklausel.
- 29.5 Dieser Vertrag unterliegt deutschem Recht unter Ausschluss des UN-Übereinkommens über Verträge über den internationalen Warenkauf (CISG).

- 29.6 Ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit diesem Vertrag ist Berlin.
- 29.7 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden oder sollte sich eine Lücke in diesem Vertrag ergeben, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmung oder zur Ausfüllung der Lücke gilt mit Rückwirkung diejenige wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die rechtlich und wirtschaftlich dem am nächsten kommt, was die Parteien gewollt haben oder nach dem Sinn und Zweck dieses Vertrages gewollt hätten, wenn sie diesen Punkt beim Abschluss dieses Vertrages bedacht hätten.

Anlagenverzeichnis

Anlage 1	Leistungsbeschreibung
Anlage 2	Kriterienkatalog
Anlage 3	Verhaltenskodex für Geschäftspartner
Anlage 4	Exportkontrolle und Zoll
Anlage 5	Vertraulichkeitsvereinbarung
Anlage 6	Logistikvereinbarung
Anlage 7	Sicherheits- und Umweltschutzregeln für externe Dienstleister
Anlage 8	Sicherheitsvereinbarung
Anlage 9	Verbundene Unternehmen
Anlage 10	Fragebogen für Zulieferer
Anlage 11	Angebotsschreiben des Auftragnehmers
Anlage 12	Preisblatt
Anlage 13	Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen

Der Vertrag kommt mit Zuschlagserteilung zustande und wird durch die Parteien nicht deklaratorisch gegengezeichnet.